

# Lästiger Mahner, Kritisierer und Stänkerer

Franz Kain als Linzer Gemeinderat der KPÖ (1977–1986)

LEO FURTLEHNER

Als Franz Kain (1922–1997) am 8. September 1977 das Mandat der KPÖ im Linzer Gemeinderat (seit der Wahl von 1973: SPÖ 34, ÖVP 20, FPÖ 5, KPÖ 1 Mandat) übernahm, war er zwar ein Neuling in diesem Gremium, die Linzer Kommunalpolitik war ihm als Journalist der kommunistischen Tageszeitung *Neue Zeit*, deren Chefredakteur er seit 1956 war, freilich nicht neu. Wie engagiert Kain die neue Funktion antrat, wurde daran deutlich, dass er bereits bei seiner ersten Sitzung eine Anfrage zur Benennung einer Straße nach dem 1973 ermordeten chilenischen Präsidenten Salvador Allende einbrachte, die Bürgermeister Franz Hillinger (SPÖ) allerdings erst bei der folgenden Gemeinderatssitzung beantwortete, weil Kain zum Zeitpunkt der Einbringung noch nicht angelobt war. Und bereits bei seiner Premiere stürzte er sich mit mehreren Wortmeldungen zur Tagesordnung mit vollem Engagement in die Debatte.

## Lästige Fragen

In der Folge gab es keine Sitzung ohne zahlreiche Stellungnahmen des kommunistischen Gemeinderats Franz Kain. Und auch fast keine Sitzung ohne Anfrage, quasi dem Standardinstrument einer Ein-Mann-Fraktion mit statutarisch begrenzten Möglichkeiten. Solche lästigen Fragen – vor allem um damit brisante Themen öffentlich zu machen – waren bei der städtischen Obrigkeit zwangsläufig nicht willkommen. So meinte Bürgermeister Hugo Schanovsky (SPÖ) bei der Sitzung am 22. März 1984 verärgert, dass „es für Gemeinderat Kain schon zur Pflichtübung geworden sei, den Bürgermeister mit Anfragen zu beehren“ und habe doch schon „bereits Bürgermeister Hillinger festgestellt, dass die Anfragen von Herrn Gemeinderat Kain meistens Belange betreffen, die durch einen einfachen Telefonanruf hätten erledigt werden können“ (*Amtsblatt*, Nr. 3/1984).

Als Schriftsteller war Franz Kain prädestiniert dafür, den vielfach recht öden Debatten des Stadtparlaments eine literarische Würze zu verleihen. Insbesondere bei den jährlichen Budgetdebatten im Dezember sorgte er mit pointierten Formulierungen oft für Heiterkeit, zog allerdings auch oft das Unbehagen der Mehr-

heitsfraktion auf sich, wenn er gezielt Salz in deren politische Wunden streute. Dabei verstand er es auch meisterhaft, die „kleinen“ Anliegen vor Ort mit den „großen“ Themen der Bundes- und Landespolitik zu verbinden.

Recht empfindlich reagierte der KPÖ-Gemeinderat auf alle Versuche, das Statut und demokratische Gepflogenheiten zu missachten oder die Kompetenzen des Gemeinderates einzuschränken. Gleich bei seiner ersten Budgetdebatte am 1. Dezember 1977 wies er Bürgermeister Hillinger zurecht, als dieser die statutarisch verpflichtende Verlesung von Erinnerungen der KPÖ zum Voranschlag 1978 durch den Finanzreferenten mit dem Argument „Sie können doch nicht alle Anträge der KPÖ vorlesen...“ unterbrach, was freilich im schriftlichen Protokoll schamhaft unterschlagen wurde.

## Wahlanfechtung der KPÖ

Das Wirken von Franz Kain als Gemeinderat wurde allerdings jäh unterbrochen, als die KPÖ bei der Gemeinderatswahl am 7. Oktober 1979 nur 1.387 Stimmen (1973: 2.514) erreichte und ihre seit 1945 vorhandene Vertretung verlor (SPÖ 35, ÖVP 22, FPÖ 4 Mandate), was die KPÖ zu einer Wahlanfechtung beim Verfassungsgerichtshof veranlasste. Der Hintergrund dafür war, dass vom *Kommunistischen Bund Österreichs* (KB) ein Wahlvorschlag eingereicht wurde und diese maoistische Liste 392 Stimmen erhalten hatte.

Bereits bei der Sitzung der Stadtwahlbehörde am 7. September 1979 protestierte der KPÖ-Vertreter unter Bezugnahme auf die Statutargemeindewahlordnung, in der im Paragraph 40 verlangt wird, dass die Wahlbehörde unverzüglich zu prüfen habe, ob unter anderem die Parteibezeichnungen so zu unterscheiden sind, dass es nicht zu Verwechslungen kommen kann: „Die Mitglieder der Stadtwahlbehörde teilten nach Debatte ohne Gegenstimme diese Meinung nicht“, hieß es in der Niederschrift der Wahlbehörde. Dieselben Bedenken wurden von der KPÖ am 24. September auch schriftlich geltend gemacht und wiederum von der Wahlbehörde am 28. September 1979 verworfen – laut Niederschrift „gegen den Pro-

test des Vertrauensmannes der KPÖ“ (*Weg und Ziel*, Nr. 11/1980).

Der Verfassungsgerichtshof bestätigte in einer Verhandlung am 16. Juni 1980 hingegen voll und ganz die Argumente der KPÖ und stellte klar: „Die Bestimmungen der Wahlordnungen müssen strikte nach ihrem Wortlaut ausgelegt werden, soll nicht der Willkür Tür und Tor geöffnet werden.“ Der VfGH hielt auch fest, dass die in der zuletzt gewählten Gemeindevertretung vertretenen Wahlparteien „einen Anspruch darauf haben, dass ihre Identität nicht durch Bezeichnungen anderer Wahlparteien beeinträchtigt wird“. Das Urteil des Verfassungsgerichtshofs schlug wie eine politische Bombe ein. Die SPÖ-Spitze – die gemeinsam mit der ÖVP das Gesetz verletzt hatte und nun vom Höchstgericht zurechtgewiesen wurde – versuchte, die Schuld auf die KPÖ abzuschieben und behauptete, der Verfassungsgerichtshof hätte sich der „weltfremden Argumentation“ der KPÖ angeschlossen. Die Entscheidung „wirkte wie ein Paukenschlag und hat unserer Partei von Anfang an eine große Publicity gebracht“, kommentierte hingegen Franz Kain das Urteil.

## Damit man draußen weiß...

Als Reaktion auf den Verlust der Gemeinderatsvertretung im Jahr 1979 war die KPÖ allerdings weiter am Ball geblieben – etwa mit der Gründung eines kommunalpolitischen Arbeitskreises und der Erarbeitung eines Kommunalprogramms – um zu verdeutlichen, dass eine linke Opposition im Linzer Stadtparlament fehlte. Die Partei war also für den Wahlkampf bei der Wiederholungswahl am 5. Oktober 1980 gut aufgestellt. Mit der Losung „Damit man draußen weiß, was drinnen vorgeht“ wurde dabei klargestellt, dass die Politik von SPÖ, ÖVP, FPÖ durch Päckelei, Einigkeit im Grundsätzlichen und Demagogie nach außen geprägt war und dass sich das Fehlen einer KPÖ-Vertretung im Gemeinderat nachteilig auswirkte. Insbesondere ein in Umlauf gebrachter Aufkleber mit der Losung „Diesmal den richtigen Franz!“ – als Anspielung auf die gleichen Vornamen von Bürgermeister Hillinger und KPÖ-Listenführer



KPÖ-Gemeinderat Franz Kain vor dem Alten Rathaus in Linz

Kain – fand guten Anklang und regte das damalige Stadtoberhaupt auf.

### „Hier bin ich wieder...“

Im Ergebnis steigerte sich die KPÖ bei der Gemeinderatswahl auf 2.273 Stimmen, und Franz Kain zog wieder in den Gemeinderat (SPÖ 36, ÖVP 18, FPÖ 6 Mandate, KPÖ 1 Mandat) ein. Verlierer der Wahl war die ÖVP mit einem Minus von vier Mandaten, während die SPÖ ein und die FPÖ zwei Mandate zulegen konnten. In seiner Rede bei der Konstituierung des neugewählten Stadtparlaments konnte Franz Kain daher erklären: „Es wäre für mich sehr leicht, einfach zu sagen, hier bin ich wieder! (Heiterkeit), obwohl damit schon das meiste gesagt wäre. Aber die konstituierende Sitzung nach der wohl kürzesten Funktionsperiode eines Linzer Gemeinderates muss für die drei in dieser Kurzperiode vertretenen Parteien wohl auch ein Anlass zur Gewissenserforschung sein.“

Und Franz Kain brachte den politischen Hintergrund der Wahlwiederholung auf den Punkt: „Als die hohe Stadtwahlbehörde im September vergangenen Jahres eine Liste zugelassen hat, die jener der KPÖ zum Verwechseln ähnlich war, ist sie offenkundig von dem Bestreben geleitet gewesen, den lästigen Mahner, Kritischer und unbotmäßigen Stänkerer der KPÖ endlich loszuwerden“ (*Amtsblatt*, Nr. 8/1980). Und bei der folgenden Budgetdebatte am 29. Jänner 1981 meinte er in Richtung der anderen Parteien: „Werte Kollegen, nachdem ihr mich wieder habt, müsst ihr mich auch anhören!“ (*Amtsblatt*, Nr. 2/1981)

Motiviert durch den Wiedereinzug in den Gemeinderat intensivierte die Linzer KPÖ ihre Kommunalpolitik in- und außerhalb des Stadtparlaments. So gab es maßgeschneidert auf Franz Kain als neues Veranstaltungsformat den „Tatort Rathaus“, einen Bericht über öffentlich wenig oder gar nicht bekannte Entscheidungen der Stadtpolitik mit einer Erstlingsveranstaltung am 29. April 1981. Ebenfalls wurden Sprechstage mit Gemeinderat Franz Kain angeboten, und die KPÖ-Stadtzeitung *Neues Linz* erhielt eine neue Ausrichtung, etwa mit einer regelmäßigen Kurzversion als Bericht über die kommunistischen Aktivitäten im Gemeinderat.

### Anliegen von Initiativen

Eine wesentliche Veränderung für den Linzer Gemeinderatswahl brachte die Wahl vom 6. Oktober 1985 mit dem Einzug der zwei Grünparteien VGÖ und GALL in das Stadtparlament (SPÖ 33, ÖVP 20, VGÖ 3, FPÖ 3, GALL 1, KPÖ 1 Mandat). Trotz dieser Konkurrenz konnte die KPÖ mit 1.989 Stimmen ihr Mandat behaupten. Bei der Konstituierung am 5. November 1985 verdeutlichte Franz Kain exemplarisch seine Rolle im Stadtparlament: „Es ist ein recht zwiespältiges und reichlich verdrießliches Geschäft, in diesem Haus politischer Prophet sein zu müssen: Zuerst wird man nämlich milde belächelt, später aber geradezu gesteinigt, als wären beharrliche Unkenrufe daran schuld am Misserfolg anderer Parteien, und nicht eine eigene falsche Politik.“ (*Amtsblatt*, Nr. 8/1985). Gleichzeitig erhoffte er sich aber eine Belebung des Gemeinderates

und meinte: „Es ist zu hoffen, dass durch diese neue Konstellation die oft sehr starren Fronten in diesem Haus da und dort „rogler“ werden“ (*Amtsblatt*, Nr. 8/1985).

Durch die Verbindung von außerparlamentarischen Aktivitäten und der Präsenz der KPÖ in verschiedenen Initiativen brachte Franz Kain zahlreiche Vorschläge und Forderungen im Stadtparlament in Form von Anfragen oder Stellungnahmen zur Sprache. So hatte die KPÖ nach der Besetzung eines leerstehenden Studierendenheimes in Auhof durch eine Gruppe von Frauen die Forderung nach einem Frauenhaus im Gemeinderat thematisiert (*Neues Linz*, Nr. 9/1979). Zunächst von der SPÖ-Mehrheit bagatellisiert, wurde das Projekt rasch von SPÖ vereinnahmt und parteikonform über die Volkshilfe realisiert.

Ähnlich die Initiative Rockhaus, aus welcher der unter dem Dach der städtischen LIVA (Linzer Veranstaltungsgesellschaft) firmierende Posthof als wichtige Kultureinrichtung entstand. Auch wichtige Anliegen der Solidaritätsbewegung – etwa eine Städtepartnerschaft in Nicaragua – oder der Friedensbewegung – wie die im Oktober 1986 erfolgte Deklaration von Linz als „Friedensstadt“ – wurden vom KPÖ-Gemeinderat Kain frühzeitig aufgegriffen.

### Gegen Entpolitisierung der Wohnungsfrage

Recht allergisch reagierte Franz Kain auf alle Bestrebungen zur Schwächung des gewählten Gemeinderats durch Kompetenzübertragungen an den Stadtsenat oder ausgegliederte Gesellschaften. Ein Schlüsselereignis dabei war die von der SPÖ im Alleingang durchgeboxte Auflassung des Wohnungsamts und die Übertragung der Wohnungskompetenzen an die *Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft der Stadt Linz* (GWG) am 23. September 1982, die von Kain scharf kritisiert und entschieden abgelehnt wurde. Mit mehreren „Aktuellen Stunden“ zum brisanten Thema Wohnen und zahlreichen Anfragen und Stellungnahmen kritisierte Kain immer wieder die Politik der sozialdemokratischen Mehrheit, deren Ziel es war die Wohnungsfrage in Linz zu „entpolitizieren“.

Besonders intensiv widmete sich Franz Kain der jährlichen Budgetdiskussion, bei welcher er nicht nur in der Generaldebatte, sondern auch mit jeweils zwei ausgiebigen Wortmeldungen in der Spezialdebatte die Position der KPÖ darlegte. Als „Pflichtaufgabe“ sah er dabei

auch Zusatzanträge, etwa mit der Forderung zur Reduzierung oder Abschaffung des Sprengelbeitrages an das Land, schon damals eine hohe Belastung für die Stadt, die selbst mit dem AKH ein Spital zu erhalten hatte. Kains Antrag wurde regelmäßig von den jeweiligen Bürgermeister\*innen mit dem Argument, man habe ohnehin viel weiterreichende Anträge in Vorbereitung kleingeredet und anschließend von der Dreieinigkeit von SPÖ, ÖVP und FPÖ niedergestimmt.

### Die Causa Langoth

Als sowohl vom Austro- als auch vom Nazi-Faschismus politisch Verfolgter vertrat Kain im Linzer Gemeinderat stets eine klare antifaschistische Haltung, wie das etwa bei seiner Rede in der Gedenksitzung am 8. Mai 1985 zum Ausdruck kam: „In der Familie meiner Frau und in meiner eigenen haben wir drei Todesopfer zu beklagen, die im Kampf um die Freiheit unseres Landes gefallen sind, einer davon noch am 28. April 1945 im Konzentrationslager Mauthausen. Aber die Stadt, in der diese Kämpfer gelebt und gearbeitet haben, hat keine Straße und keinen Platz nach ihnen benannt. Wohl aber eine nach jenem Oberbürgermeister, der in der Zeit noch im Amt war, als in Mauthausen unsere Verwand-

#### Franz Kain (1922–1977)

Franz Kain wurde am 10. Jänner 1922 in Bad Goisern als Sohn eines Bauarbeiters geboren. Nach einer abgebrochenen Zimmermannslehre arbeitete er als Holzknecht. 1941 wurde Kain, der seit 1936 der KPÖ angehörte, verhaftet, im September 1942 wegen Vorbereitung zum Hochverrat zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt und zum Strafbataillon 999 eingezogen.

Nach 1945 war Kain Redakteur der Linzer KPÖ-Zeitung *Neue Zeit*, zeitweise Korrespondent der *Volksstimme* in der DDR, Mitglied der Landesleitung der KPÖ Oberösterreich (1948–1990) und des Zentralkomitees der Partei (1969–1983). Von 1977 bis 1979 bzw. 1980 bis 1986 war er Gemeinderat in Linz. Als Schriftsteller hat Franz Kain zahlreiche Werke veröffentlicht, u.a. „Der Föhn bricht ein“ (1962), „Der Weg zum Ödensee“ (1973), „Das Ende der ewigen Ruh“ (1978) und „Das Schützenmahl“ (1986).



Franz Kain vor dem Linzer Gasthaus „Zum goldenen Fassl“

ten erschlagen wurden, nämlich nach jenem Oberbürgermeister Langoth, der den Rang eines SS-Brigadeführers, also eines SS-Generals innehatte. Sie werden verstehen, daß wir über diese Herausforderung nur mit größter Bitternis sprechen können und uns niemals damit abfinden werden.“ (*Amtsblatt*, Nr. 5/1985).

Für den KPÖ-Mandatar war es daher eine Genugtuung, als 1986 endlich die Langothstraße in Linz umbenannt werden musste. Diese Straße war 1973 von SPÖ, ÖVP und FPÖ im Stadtsenat nach dem letzten Nazi-Oberbürgermeister Franz Langoth (1877–1953) benannt worden. Langoth war seit 1933 illegales NSDAP-Mitglied, SS-Brigadeführer, Leiter der NS-Volkswohlfahrt und Richter am NS-Volksgeschichtshof. Nachdem 1984 Dokumente über Langoths Mitwirkung bei 41 vollstreckten Todesurteilen und 77 zu Zuchthaus verurteilten NS-GegnerInnen bekannt wurden, war Handlungsbedarf gegeben.

Die Straßenbenennung war dem schon unter dem ersten Nachkriegsbürgermeister Ernst Koref (SPÖ) erzeugten „Mythos Langoth“, einer Mär vom „guten Nazi“, geschuldet. Statt nach dem Kriegsverbrechergesetz verurteilt zu werden wurde Langoth 1950 vom damaligen Bundespräsidenten Karl Renner begnadigt. Schon Ende der 1970er Jahre hatte Franz Kain in einem „Offenen Brief“ an Bürgermeister Franz Hillinger die Umbenennung der Langothstraße gefordert (*Neues Linz*, Nr. 4/1979) und in der Folge nicht mehr lockergelassen, bis schließlich am 23. Jänner 1986 nur mehr die FPÖ in einem Rückzugsgefecht versuchte, die Umbenennung mit dem Vorschlag einer Volksbefragung zu unterlaufen.

Aber auch andere antifaschistische Themen brachte Kain im Gemeinderat immer wieder zur Sprache, etwa die 1978 vom Direktor des Nordico-Stadtmuseums ventilierten Pläne für ein Hitler-Museum, den Verkauf von Nazi-Relikten am wöchentlichen Hauptplatz-Flohmarkt oder eine Schützensausstellung im Nordico.

#### Kampf gegen Intransparenz

Frühzeitig stellte sich Franz Kain gegen umstrittene Verkehrsprojekte, wie etwa die geplante Westtangente oder die Hauptplatz-Tiefgarage (*Neues Linz*, Nr. 7/1983). Schon 1978 sprach sich der KPÖ-Mandatar gegen eine autobahnähnliche Schneise im Westen der Innenstadt aus. Ein besonderer Erfolg für Kain war das 1986 erfolgte Aus für den „Mittelgassendurchbruch“ und damit die Erhaltung des Charakters von Alt-Urfahr. Seit den 1970er Jahren plante die Rathausobrigkeit hier einen Kahlschlag für den ungehemmten Autoverkehr in den Stadtteil Alt-Urfahr. Für Kain war das freilich ein aufgelegter Elfmeter und er verstand es, als begnadeter Wirtshausgeher die Stimmung in diesem Stadtteil gegen das Projekt und für die Erhaltung eines Restbestands des „alten Linz“ zu entwickeln (*Neues Linz*, Nr. 12/1977).

Nicht nur einmal stimmte Franz Kain gegen Beschlüsse des Gemeinderates mit der Begründung, dass ihm als „Einmann-Fraktion“ die entsprechenden Unterlagen verweigert wurden. Für die Stadtsenatsparteien war es offensichtlich Gewohnheitsrecht die missliebige Opposition durch Informationsentzug abzustrafen. Erst nach der Wahl von 1985 führte das zu einer Änderung, mit der allerdings fast überbordend nunmehr



KPÖ-Gemeinderat Franz Kain am 1. Mai 1981 in Linz

auch die KPÖ mit einer Papierflut von Unterlagen überschüttet wurde, die viel Geduld verlangte, um daraus die wirklich wichtige Essenz herauszufiltern.

Überhaupt war es jahrelang übliche Praxis der mit absoluter Mehrheit werkenden SPÖ und ihrer Scheinopposition von ÖVP und FPÖ sich so manches klammheimlich hinter den Kulissen auszuschnapsen. So etwa das Zustandekommen einer städtischen Parteienfinanzierung für SPÖ, ÖVP und FPÖ in Form fiktiver Planstellen aus dem Personalbudget ohne Gemeinderatsbeschluss, wie von der KPÖ 1980 aufgedeckt werden konnte (*Neues Linz*, Nr. 2/1980).

Auch waren in den 1970er und 1980er Jahren die schon damals horrenden Bezüge der SpitzenpolitikerInnen de facto Staatsgeheimnis. Wenn die kommunistische Tageszeitung *Neue Zeit* vor ihrem jährlichen Pressefest in einem Postwurf die Bezüge der Landes- und StadtpolitikerInnen veröffentlichte, sorgte das meist tagelang für öffentliche Debatten in der Landeshauptstadt.

### Vorkämpfer für Linzer Luft

Als Standort großer verstaatlichter Betriebe hatte Linz schon seit den 1960er Jahren den Ruf einer „dreckigen Stadt“ Als dies von Bürgerinitiativen seit Ende der 1970er Jahre thematisiert wurde, reagierte Bürgermeister Hillinger mit einem

saloppen „In der Sahara staubt’s auch“. Bereits am 22. Oktober 1981 verlangte KPÖ-Gemeinderat Franz Kain in einer Anfrage Auskunft über den Stand der Maßnahmen zur Reinhaltung der Linzer Luft. Der Bürgermeister beschwichtigte mit dem Argument, dass andere Städte „mehr belastet“ seien (*Neue Zeit*, 23.10.1981).

Die KPÖ brachte daraufhin 1982 ein nach einem Motiv des deutschen Künstlers Klaus Staeck gestaltetes Plakat mit der Aufschrift „Die Luft gehört allen, aber wir bestimmen den Giftgehalt“ mit den Porträts von VOEST-Boss Heribert Apfalter und Chemie-Boss Hans Buchner in Umlauf. Die beiden Manager ließen das Plakat beschlagnahmen, die

KPÖ wurde wegen Rufschädigung geklagt und zu einer Geldstrafe verurteilt. Die SPÖ würdigte dies mit der Schlagzeile „KP Linz wegen Meuchelplakat gerichtlich verurteilt“ (*Tagblatt*, 27.1.1982). Allerdings konnte damit die öffentliche Debatte über die Linzer Luft nicht aufgehalten werden. Auch die SPÖ musste eine politische Kehrtwende vollziehen und rühmte sich ein Jahrzehnt später, Linz zur „saubersten Industriestadt“ gemacht zu haben.

### Einsatz für die Verstaatlichte

Die KPÖ und ihr Gemeinderat Franz Kain hatten die Verstaatlichte stets als „Ernährerin“ von Linz betrachtet. Waren die Großbetriebe VOEST-Alpine, Chemie und Schiffswerft doch nicht nur Brotgeber für mehrere zehntausend Menschen, sondern auch die größten Steuerzahler der Landeshauptstadt, durch welche Linz im Vergleich zu anderen Großstädten als „reiche Stadt“ galt.

Dieser Anspruch kam allerdings durch die Krise der Stahlindustrie und den Umgang der Regierung mit dem ihr anvertrauten Staatseigentum, vor allem aber mit dem auch in der Sozialdemokratie aufkommenden Neoliberalismus und dessen Privatisierungsgelüsten ins Wanken. Bei einer großen Kundgebung am 16. Jänner 1986 demonstrierten rund 40.000 Beschäftigte auf dem Linzer

Hauptplatz für die Erhaltung der Verstaatlichten und Bundeskanzler Fred Sinowatz (SPÖ) versuchte zu beschwichtigen. Auch im Gemeinderat kam das Thema zur Sprache und die KPÖ konnte dabei auf eine stets klare Haltung verweisen.

Schon bei der Behandlung des Vorschlags für 1986 am 19. Dezember 1985 hatte Kain den anderen Parteien die Gretchenfrage in Form eines Zusatzantrages gestellt, der verlangte der Gemeinderat möge sich „gegen alle Tendenzen der Schrumpfung oder Ausgliederung von Betrieben der Voest-Alpine“ wenden und sich dem Standpunkt des Vorstands der Arbeiterkammer vom 11. Dezember 1985 anschließen, „dass Reprivatisierung kein brauchbares Mittel zur Sanierung der verstaatlichten Industrie sei und daher abzulehnen ist“ (*Amtsblatt*, Nr. 10/1985). Der Antrag wurde von der Mehrheit von SPÖ, ÖVP und FPÖ bei Stimmhaltung der VGÖ abgelehnt. Damit brachte brachte Kain die VOEST-Betriebsräte und SPÖ-Gemeinderäte Helmut Oberchristl und Siegmund Hartmaier in Gewissensnöte, die sich der Stimme enthalten mussten, um bei der Belegschaft nicht ihr politisches Gesicht zu verlieren.

### Bleibende Spuren

Bei seiner Verabschiedung aus dem Gemeinderat am 25. September 1986 wurde Franz Kain vom damaligen Bürgermeister Hugo Schanovsky (SPÖ) als „politischer Dichter“ gewürdigt, der „immer mit sehr viel stilistischem Feingefühl, aber auch mit großer persönlicher Härte Kommunalpolitik betrieben hat“ und dem der Gemeinderat „manch gute Anregung“ zu verdanken hatte (*Amtsblatt*, Nr. 9/1986).

Als Franz Kain 1986 die kommunalpolitische Bühne verließ, konnte er auf eine sehenswerte Bilanz verweisen: In rund 70 Anfragen an den Bürgermeister hatte Kain – mit einem kommunalpolitischen Team im Rücken – während seiner Gemeinderatstätigkeit wichtige Fragen aufgerollt. Mit sieben „Aktuellen Stunden“ setzte er Debatten über aktuelle Probleme der Entwicklung in der Landeshauptstadt in Gange. Und in mehr als 200 Wortmeldungen bei Gemeinderats-sitzungen stellte er – meist als einzige Opposition zur Dreieinigkeit von SPÖ, ÖVP und FPÖ – die Vorstellungen der KPÖ dar. Durch seine Aktivitäten hat er somit deutliche Spuren kommunistischer Kommunalpolitik in- und außerhalb des Gemeinderats hinterlassen.